

BS-Beschluss öffentlich
B666-36/13

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 05/1102
 Erfassungsdatum: 03.07.2013

Beschlussdatum:
04.11.2013

Einbringer:
CDU-Fraktion

Beratungsgegenstand:
Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001
- Planung Anbau Theaterhaus

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Senat	06.08.2013	9.16				
Ausschuss für Investitions- und Sanierungsvorhaben	22.08.2013	4.3	nicht behandelt	3	5	1
Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschuss	26.08.2013	5.14		4	6	1
Ausschuss für Bauwesen und Umwelt	27.08.2013	5.10		3	6	1
Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur	28.08.2013	10.8		3	5	4
Hauptausschuss	02.09.2013	3.23				
Bürgerschaft	16.09.2013	6.11	zurückgezogen			
Bürgerschaft	04.11.2013	5.2	abgelehnt	12	18	2

Egbert Liskow
 Präsident

Beschlusskontrolle:	Termin:

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Ja		

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Sperrvermerk der Haushaltsstelle 26100-M13001 - Planung Anbau Theaterhaus - wird aufgehoben und die Mittel zur Vergabe der Planungsaufträge freigegeben.

Sachdarstellung/ Begründung

In den Beratungen zum Haushalt 2013 hat die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, Planungsleistungen für einen Anbau am Theaterhaus in Greifswald in Höhe von 150.000,00 Euro einzustellen. Zur Begründung wurde ausgeführt:

Der Anbau an das Theater ist deshalb notwendig, weil es im Hause an Räumlichkeiten fehlt, insbesondere an einem Orchesterprobenraum.

Der derzeitige Greifswalder Orchesterprobenraum befindet sich in einer alten Baracke in Herrenhufen. Dieser Raum ist für die Proben des Orchesters nicht nur ungeeignet, sondern auch in keiner Weise zumutbar. Da ist insbesondere die fehlende Deckenhöhe zu beklagen, welche auch zu akustischen und körperlichen Belastungen der Mitarbeiter führen kann. Es ist zu befürchten, dass aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen der jetzige Probenraum nicht auf Dauer betrieben werden kann.

Der Probenbetrieb des Orchesters in Greifswald kann (meistens) auch nicht im Bereich der Stadthalle (Kaisersaal) stattfinden, da diese häufig für andere Veranstaltungen vorgehalten werden muss und auch durch notwendige Bühnenbauarbeiten im Rubenowsaal „belegt“ ist. Die Probephöhne ist meistens durch das Schauspiel, welches seinen Sitz in Greifswald hat, belegt.

Eine Abhilfe kann insofern nur durch einen Anbau am jetzigen Theaterhaus geschaffen werden. Damit dies noch möglichst bis zum Jubiläumsjahr 2015 umgesetzt werden kann, ist die Planung in 2013 unerlässlich. Die entsprechenden Planungsmittel sind daher in den Haushalt 2013 einzufügen.

Die Bürgerschaft hat die Haushaltsstelle eingerichtet, jedoch mit einem Sperrvermerk versehen. Nach dem der Haushalt 2013 durch das Innenministerium M-V genehmigt und die Haushaltssperre auch nicht von Haushaltssperre des Oberbürgermeisters betroffen ist, kann die Haushaltsstelle entsperrt werden, damit die Planungen für einen Anbau am Theaterhaus in Greifswald noch im Jahre 2013 ausgelöst werden können.

Der Intendant und Geschäftsführer der Theater Vorpommern GmbH, Herr Dirk Löschner, hat mit Schreiben vom 12.06.2013 an die Universitäts- und Hansestadt Greifswald noch einmal auf die bedrückende und den Theaterbetrieb beeinträchtigende Raumsituation in Greifswald hingewiesen. Hierbei wurde betont, dass die problematische Probenraumsituation nicht nur das Orchester betrifft, sondern insbesondere auch das in Greifswald ansässige Schauspiel. Derzeit sind bereits externe Räume für die Proben angemietet, welche aber auch kurzfristig entfallen werden und neue Räume angemietet werden müssen, was auch mit einer finanziellen Belastung der Theatergesellschaft einhergeht.

Mit der in Auftrag zu gebenden Planung soll aber nicht nur allein nach einer Lösung des Probenraumproblems gesucht werden, sondern es soll auch die Möglichkeit der Verlagerung der im Dachgeschoss befindlichen Kantine und damit einhergehend die dortige Einrichtung eines weiteren Probenraumes mit Foyerbereich geprüft werden. Auch das Ziel einer Erweiterung der Lagerkapazitäten durch Erweiterung des Kellergeschosses durch den geplanten Anbau sollte nach Auffassung des Intendanten erhalten bleiben.